

## SPEZIALDEBATTEN

### ÖVP

#### **Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Verena Ennemoser**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben ja schon das Graz-Budget in allen Details näher gebracht. Sie alle wissen, in welchen Bereichen wir viel ausgeben, und im Zuge eines Budgetgemeinderates müssen wir auch über die Zukunft uns Gedanken machen und auch über die zukünftigen Budgets nachdenken. Unsere Politik darf sich nicht nur auf ein Jahr richten und ausgerichtet sein.

Tatsache ist, dass Städte und Gemeinden keine Lobby hinter sich haben. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Städten und Gemeinden sind in der politischen Hierarchie ganz unten. Der Bund und das Land delegieren Aufgaben an die Kommunen wie zum Beispiel das Ausstellen von Pässen, die Durchführung des Gratis-Kindergartenjahres etc.

25 bis 30 Prozent aller steirischen Bedarfszuweisungsmittel gehen schon jetzt in Abgangsdeckungen und Härteausgleiche für steirische Gemeinden auf. Gemeinden können ihren Haushalt nicht mehr abdecken. Tatsache ist auch, dass die Steiermärkische Landesregierung noch keinen Überblick über den Schuldenstand der steirischen Gemeinden hat.

Zurzeit wird auf Regierungs- und Landtagebene eine Änderung der Gemeindeordnung vorbereitet, die helfen soll, einen raschen Überblick über die tatsächliche Finanzlage, inklusive diverser ausgelagerter Bereiche, zu gewinnen.

Die Gemeinden, die in der letzten Zeit sich in der Causa „Überschuldung“ einen Namen gemacht haben, waren Fohnsdorf mit 60 Millionen Euro und Trieben mit 30 Millionen Euro Schulden.

Betreffend Überblick ist die Stadt Graz in der Steiermark eine rühmliche Ausnahme. Wir haben sowohl ein konsolidiertes Budget als auch einen konsolidierten Jahresabschluss. Was nichts anderes heißt, dass wir auch über die Einnahmen und Ausgaben der Eigenbetriebe und Töchter Überblick haben. Im Gegensatz zu anderen steirischen Gemeinden (*Applaus ÖVP*). Diesen Überblick haben wir nicht nur unserem derzeitigen Finanzstadtrat Gerhard Rüscher zu verdanken, sondern vor allem unserem Bürgermeister Siegfried Nagl, der bereits als Finanzstadtrat die ersten Budgetreformen durchgesetzt hat.

Ein weiteres Faktum ist, dass sich weder der Bund noch das Land auf Strukturreformen einlassen, im Gegensatz zur Stadt Graz.

Unter der Führung von Siegfried Nagl wurde mit den Reformen bereits vor 10 Jahren begonnen. Ich darf Ihnen die Reformen, die sich aufs Budget ausgewirkt haben, in Erinnerung rufen:

- konsolidierte Darstellung des Budgets
- konsolidierte Darstellung des Jahresabschlusses
- seit fünf Jahren hat sich die Stadt Graz einem Eckwert-Budget unterworfen
- bereits mehr als 50% der Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer der Stadt Graz sind bereits ASVG-Versicherte
- die letzte große Reform war das Haus Graz – im Zuge dieser Reform konnten die Dienstleistungen, die seitens der Stadt erbracht wurden, in die Holding integriert werden, und rund 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nun Dienstnehmer der Holding
- Im Zuge dieser Reform konnten auch Parallelstrukturen aufgelöst werden, zum Beispiel im Immobilien- und EDV-Bereich.

Die Budgetpolitik des Landes und des Bundes machen sich jetzt bemerkbar und treffen natürlich auch die Stadt Graz.

Tagtäglich landen Briefe beim Bürgermeister und Finanzreferenten unserer Stadt, in welchen festgehalten und angekündigt wird, welche Leistungen seitens des Bundes und des Landes gestrichen beziehungsweise nicht mehr bezahlt werden. Frau Ministerin Bures teilt uns mit, dass es keine Finanzierung der Nachtbusse mehr geben wird. Landeshauptmann Voves teilt mit, dass es im Zusammenhang mit Fluglinien, die Graz ansteuern, keinerlei Unterstützung mehr gibt. Ich darf an dieser Stelle auch noch anmerken, dass das Land gegenüber der Stadt auch Außenstände hat.

Was es angesichts der generellen 25%igen Budgetkürzungen des Landes für die Stadt bedeutet, bedarf es ohnedies noch einer gesonderten Betrachtung.

Die Stadt Graz beziehungsweise die schwarz/grüne Koalition hat die Entwicklung von Graz ganz klar festgelegt. Wir konzentrieren uns einerseits auf die gesetzlichen Leistungen beziehungsweise auf die Kernaufgaben der Stadt Graz und auf die fünf wichtigsten Herausforderungen wie

- Infrastruktur
- Arbeit & Wirtschaft
- Bildung und Jugend
- Integrationsmaßnahmen unserer Stadt
- und auch die soziale Wohlfahrt (*Applaus ÖVP*).

Wir dürfen uns aber nicht vor den Tatsachen verstecken. Die Tatsachen sind: 1,1 Milliarden Euro beträgt der Schuldenstand der Stadt Graz, 142.000 Euro zahlt die Stadt täglich an Zinsen für ihre Schulden zurück, 680 Millionen Euro investierte die Stadt seit 1998 in verschiedene Projekte, 93 Millionen Euro machen jährlich die Beamtenpensionen aus, 200 Millionen Euro betragen die jährlichen Personal- und Sozialausgaben, 450 Millionen Euro sollen bis 2015 in neue Großprojekte investiert werden.

Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, was eine Stadt in Zukunft leisten muss beziehungsweise noch leisten kann. Wir alle betrachten gewisse Leistungen der Stadt als komplett selbstverständlich. Und durch die neue Transparenz in Verbindung mit den Schwerpunktsetzungen bieten wir den Grazerinnen und Grazern einen Überblick, welche Leistungen wir nach dem Gesetz leisten müssen und welche wir leisten, damit die Lebensqualität in unserer Stadt steigt. Nur die Lebensqualität einer Stadt kostet auch viel Geld und unsere Aufgabe muss es sein, dass die Grazerinnen und Grazer unsere Investitionen nachvollziehen können, wenn sie den Schuldenstand in den Zeitungen lesen. Jeder, der sich im Privaten etwas anschafft, muss investieren und macht eben zwangsläufig Schulden. Eine Stadt die nicht investiert und die Infrastruktur nicht ausbaut, wird eine sterbende Stadt werden. Eine Stadt, die keine Schulden hat, investiert auch nicht. Keine Investitionen in die Zukunft heißt, keine Zukunft für unsere Kinder (*Applaus ÖVP*).

Wenn man das Budget der Stadt im Auge hat, dann müssen wir jene Funktionen, in denen wir besonders gefordert sind, verstärkt und professioneller wahrnehmen, wie zum Beispiel in der Daseinsvorsorge. Wir müssen die von uns übertragene Verantwortung wahrnehmen, und müssen vor allem lernen, nein zu sagen und die Grazerinnen und Grazer zur Eigenverantwortung zu motivieren.

Wir müssen den Förderdschungel betreffend Sozialleistungen überarbeiten und wir müssen klar festhalten, dass die Mindestsicherung grundsätzlich in Zukunft reichen muss, sie deckt nämlich Leben, Wohnen und Gesundheit ab. Aber wir bekennen uns vorbehaltlos zu unserem Budgetschwerpunkt einer messbaren sozialen Gerechtigkeit (*Applaus ÖVP*).

In Zukunft müssen bestimmte Sozialleistungen an aktives Verhalten geknüpft werden. Auch private Unternehmen sollten in Zukunft eingeladen werden, sich am Geschehen der Stadt zu beteiligen und daher fordern wir den Sozialpass, damit auch die Privaten, die vielfach eine große Bereitschaft zeigen, auch im Sozialbereich zu helfen und auch

die in die Lage versetzt werden, effizienter, gerecht und zielorientiert ihre Unterstützungen abwickeln zu können (*Applaus ÖVP*) und nicht zwischen Sachertorten-Servieren und Karaoke-Spielen sehr viel Geld fordern und dass dem Staat neue Förderschienen geöffnet werden. Unsere Aufgabe wird es auch sein, die Grazerinnen und Grazer einzuladen, sich auch um ihre Stadt und das Lebensumfeld zu kümmern beziehungsweise achtsam damit umzugehen. Wir müssen uns zu einem klaren Nein zum Gießkannenprinzip bekennen, wenn Subventionen und Förderungen ausbezahlt werden, dann sollten diese objektiv und nachvollziehbar sein. Wir müssen nein zu einer aufgeblähten Verwaltung sagen, wir müssen nein zu Doppelförderungen sagen und ein Nein zu weiteren freiwilligen Ausgaben der Stadt. Vor allem müssen wir nein zu mehr Staat sagen.

Zusammenfassend möchte ich jetzt noch einmal festhalten, dass die Stadt Graz unter der Führung des Bürgermeisters Siegfried Nagl in den letzten Jahren viel bewegen konnte und für eine gute Zukunft schon heute die Weichen gestellt hat. Ich möchte mich bei der Finanzdirektion bedanken, beim Stadtrat Rüschi und auch beim Rechnungshof für ihre Arbeit bedanken und ich bitte in diesem Sinne um Zustimmung für das Budget 2011 (*Applaus ÖVP*).

**S P Ö**

**Gemeinderat Wilhelm KOLAR**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich darf nur vor meiner Rede abmerken, weil meine Präsidentin da vorher gesprochen hat aus dem Tourismusbereich, die steirischen Städte und Gemeinden sind natürlich auch in einer schwierigen finanziellen Lage und die haben gesagt, da passiert nichts mit Jux und Tollerei, sondern letztendlich ist dort auch in vielen Bereichen eine sehr gute Haushaltsführung gegeben, aber wir haben gesehen, auch in Fohnsdorf hat es eine gute Haushaltsführung gegeben, wie wir wissen, aber nur diese Diskussion brauchen wir da herinnen jetzt nicht führen, sondern die wird eh auf Landesebene geführt in der Geschichte. Aber ich könnte euch andere ÖVP-Gemeinden auch aufzählen in der Steiermark, wo es zuwenig Geld gibt und die nicht mehr ausgeglichen bilanzieren können, wo letztendlich in der Form eigentlich auch Ähnliches gilt wie da hier. Aber zur jetzigen Aufgabe. Ich habe nur gehört, Herr Bürgermeister, ob du schon bei den Heizkosten sparst, weil da es herinnen vielen kalt ist, das wollte ich nur am Anfang noch dazu sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du kannst mit deiner hitzigen Debatte für mehr Erwärmung sorgen.

GR. **Kolar:** Im Gegensatz zu den Ausführungen der Mitglieder der schwarz/grünen Koalition und ihrer Bereichssprecher sehe ich keinen Anlass zu Jubelkundgebungen ob des heutigen Budgetbeschlusses. Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren. Denn wenn Sie uns in den letzten Tagen in doppelseitigen Inseraten und Presseaussendungen ebenso wie heute vermitteln wollen, dass die sogenannte Neuordnung des Hauses Graz ein Eckpfeiler der Budgetkonsolidierung wäre, dann ist erst recht Skepsis angebracht.

Bei der Neuordnung des Hauses Graz, wie Sie dies bezeichnen, handelt es sich um den größten Eingriff in die städtische Struktur seit 50 Jahren. Und das, meine Damen und Herern, obwohl unser Magistrat im nationalen Vergleich aufgrund sehr vieler sehr ambitionierter Reformen, die viele mitgetragen haben, bestens da stand, obwohl die Graz AG, nunmehr Holding und vormals Stadtwerke, ein sehr gut aufgestelltes Unternehmen mit besten Bewertungen war.

Und allesamt hatten für die Grazer Bevölkerung ausgezeichnete Arbeit geleistet (*Applaus SPÖ*). Solche „Winner“ grundlos einer solchen Umstrukturierung zu unterziehen und damit MitarbeiterInnen zu verunsichern, ja sogar Dienstleistungen zu gefährden, halte ich für mehr als fragwürdig, und diese Meinung habe ich ja hier schon öfter kundtun dürfen.

Natürlich stimmt es, dass das Risiko die Bugwelle des Erfolges ist – allerdings gibt es auch einen gravierenden Unterschied zwischen kalkulierbarem Risiko und nicht kalkulierbarem Risiko, wie wir nicht zuletzt seit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise wissen, bei der Milliarden durch Risikogeschäfte in den Sand gesetzt wurden und damit unzählige Arbeitsplätze letztendlich auch gefährdet wurden.

***Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: BAWAG.***

GR. **Kolar:** Na gut, über das Haus BAWAG könnten wir gerne diskutieren, was da andere gemacht und was die BAWAG hat, es wird dir dann vielleicht aber irgendwo in einem Nebengespräch im Haus möglich sein, ich bin gerne bereit, über die BAWAG-Affäre aufzuklären, weil da hat es ganz andere Dinge in den Bereichen gegeben, wo man drüber inhaltlich eine Auseinandersetzung führen dürfen. Aber jetzt weiter: Und die Struktureingriffe in das Haus Graz erfolgten, und wir haben das, geschätzte Damen und Herren, als Gewerkschaft sogar leider Schwarz auf Weiß und ich habe dieses Konsultation Gutachten heute auch hier, dass die Wirtschaftsprüfer ohne auf seriöse nachvollziehbare Daten und Fakten zurückgreifen konnten, wurden hier diese Entscheidungsgrundlage letztendlich auf diese Entscheidungsgrundlage auch diese Gemeinderatsbeschlüsse gefasst. Und das, obwohl wir ja alle wissen, dass entscheidend für ein Haus ein stabiles, tragendes Fundament ist, wie wir heute schon gehört haben.

Apropos Fundament: Wesentliche Teile, weil die die tragenden Säulen sind, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und da schmerzt schon eines, dass nämlich jegliche Kosten für MitarbeiterInnen allzu gerne als schlechte zu hinterfragende Ausgaben gelten, während mit einer Leichtigkeit bis Leichtfertigkeit sondergleichen für oft als Seifenblase anmutende Projekte Millionen keine Rolle spielen, und es wurde hier des Öfteren schon gesagt, Thalia oder Reininghausgründe (*Applaus SPÖ*).

Und jetzt komme ich zum netten Teil, wobei ich Ihnen eines zugestehen darf: Mit dem Personalübereinkommen, das Gewerkschaft und Personalvertretung mit Ihnen ausverhandelt haben, ist es uns immerhin gelungen, die 1.200 MitarbeiterInnen, die mit 1. Jänner in die Gesellschaft und in die Töchter zugewiesen werden, bestmöglich abzusichern. Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, ich darf dir, der Frau Vizebürgermeisterin und ganz besonders auch dem Finanzstadtrat dafür herzlich danken, der ja die Hauptverhandlungen mit uns geführt hat. Und mit den derzeit laufenden, das wäre natürlich auch einen Applaus wert gewesen, einmal von der anderen Fraktion, und mit den derzeit laufenden Verhandlungen betreffend Kollektivverträge versuchen wir auch für künftige Rahmenbedingungen für die

Mitarbeiter zu sichern und zu sorgen. Aber hier darf ich auch sagen, dass noch einige entscheidende Punkte offen sind und ich bitte hier auch, sehr geehrter Herr Bürgermeister und die Verantwortlichen der Stadtregierung, um die weitere Unterstützung.

Dennoch bleibe ich dabei, nein, mehr noch, für uns war die Absicherung der KollegInnen deshalb unverzichtbar, weil diese Neuordnung aus unserer Sicht ein Experiment mit ungewissem Ausgang ist. Bezeichnend ist ja allein schon der Umstand, dass für den Bereich der Müllabfuhr nur ein Fünf-Jahres-Vertrag abgeschlossen wurde.

Und es kommt wahrscheinlich auch nicht von ungefähr, dass die ersten Evaluierungen und damit die Überprüfungen der Wirtschaftlichkeit erst 2014, oder wie der Finanzstadtrat heute gesagt hat, 2015 ins Haus stehen. Also erst nach der nächsten Gemeinderatswahl.

Und so sehen wir als SPÖ auch mit größter Sorge den mittel- und langfristigen Auswirkungen dieser Experimente auf die finanzielle Gebarung der Stadt entgegen. Denn wenn sie heute freudig verkünden, erstmals seit vielen, vielen Jahren würde das Stadtbudget wieder schwarze Zahlen schreiben, dann drängt sich die Frage auf, was ist mit den Töchtern, den Beteiligungen, den Gesellschaften, an die, die kostenintensiven Ausgaben ausgelagert wurden?

Und wenn wir dann auch noch hören, dass trotz schwarzer Zahlen die Verschuldung der Stadt Graz steigt, dann überkommt uns in diesem Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Hauses Graz noch eine weitere Sorge. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nämlich, dass über das Hintertürkl von Partnerschaften, sprich Beteiligungen, Private in Holding, Gesellschaften und Töchter geholt werden und dass damit der schleichende Ausverkauf der Daseinsvorsorge beginnt und daran ändert auch die immer wieder strapazierte 2/3-Mehrheit, die im Gemeinderat für den Fall von Verkäufen an Dritte notwendig wäre, wenig.

***Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Wer hat denn alles verkauft?***

GR. **Kolar:** Auch wenn das vor allem die grüne Fraktion nicht gerne hört: Dieser 2/3-Passus ist kein Hindernis, in einem ersten Schritt an Private Aufgaben zu übertragen, und wo immer derartige Modelle gewählt wurden, folgte in weiterer Folge die schleichende Privatisierung und letztendlich der Ausverkauf der sogenannten „Winner“.

Dass Verlustträger letztlich in der öffentlichen Hand bleiben, liegt in der Natur des Wirtschaftskapitalismus, wie wir ja auch in den vergangenen Monaten erlebt haben: Nicht die Gewinne aus dem Spekulantentum wurden verstaatlicht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nur die Verluste sind es, um die sich dann wieder die öffentliche Hand kümmern darf.

Was mich aber am meisten erschreckt, obwohl das Experiment Haus Graz zur Zeit immer noch mehr Fragen als Antworten aufwirft, setzt diese Koalition den Weg ins Ungewisse mit einer für mich erschreckenden Konsequenz fort und hat schon das nächste Experiment ins Auge gefasst. Unsere Kinderbetreuung, in der täglich mehrere tausend Kinder und Jugendliche von mehr als 600 PädagogInnen, KinderbetreuerInnen engagiert und bestens betreut werden. Und wieder taucht das Schlagwort Optimierung auf und wieder will man uns mit dem Ziel Qualitätssteigerung Sand in die Augen streuen und erneut schwingt im Hintergrund die Idee der Ausgliederung in eine neue Gesellschaft mit. Wobei hier mit einem Schlag auch gleich die städtischen Horte ausgelöscht werden sollen. Inwieweit das unter Qualitätssteigerung firmieren soll, ist mir persönlich ein Rätsel (*Applaus SPÖ*).

Nicht nur als Gewerkschafter erschreckt mich bei all dem immer wieder, wie sehr diese Koalition zwischen guten, nämlich Investitionen, und schlechter Ausgaben, den

Dienstleistungen, zu unterscheiden versucht. Bei einem spielen Ausgaben keine Rolle, ich sagte es schon, Thalia oder andere Bereiche, da glaubt man, mit den Millionen nur so um sich werfen zu müssen, bei den anderen scheint, obwohl es sich dabei um Leistungen städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Grazerinnen und Grazer handelt, jeder Cent schon zu viel zu sein. Sie denken offenbar nur noch an das Monumentale und vergessen darauf, dass die Menschen, die sich im Haus geborgen, wohl und sicher fühlen sollen.

Bezeichnend dafür ist ein Beispiel: Es reicht nicht, nur davon zu reden, dass man den Jungen mehr Chancen auf eine gute Ausbildung geben und damit Perspektiven eröffnen soll. Es hätte im Haus Graz die Chance gegeben, das mit einer großen Lehrstelleninitiative auch umzusetzen.

Die Wahrheit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist, das Unternehmen Stadt Graz, immerhin das größte Unternehmen in dieser Stadt, stellt gerade einmal 30 mickrige Lehrstellen zur Verfügung und damit, jetzt gibt es wieder einen Vergleich mit einer steirischen Gemeinde, gleichauf mit Leoben, Linz als Stadt mit einer vergleichbaren Größenordnung bietet zirka 300 Jugendlichen eine Chance, also ich ersuche auch hier, für das nächste Jahr dementsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Die Quintessenz des Ganzen: Natürlich wird man kurzfristig mal schwarze Zahlen schreiben können, wenn man einerseits Leistungen entweder einspart oder Aufgaben und damit Kosten an Gesellschaften ausgliedert. Mittel- und langfristig ist das aber ein Weg, der ein wenig zielführendes Loch-auf-Loch-zu-Spiel bringt, das an die legendären Immobilientransaktionen hier in diesem Haus erinnert.

Nachdem aber jetzt bekanntlich mit Ausnahme von Schloßberg und Stadtpark aber praktisch kaum mehr verwertbare Immobilien vorhanden sind, muss eben jetzt die Vergesellschaftung als neues Budgetbeschönigungsmodell erhalten. Als Vorstufe zum vorhin erwähnten Ausverkauf.

Unter diesen Gesichtspunkten bleibt auch dieses Budget ein Experiment mit ungewissem Ausgang und, die Frau Kollegin Schröck hat es ja schon gesagt, deswegen wird die SPÖ diesem Budget auch nicht zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Mit einer Erneuerung für die Schriftleitung, bis jetzt steht immer dabei Applaus oder Zwischenapplaus, durch Willi Kolar wird jetzt dabeistehen unterbliebener Applaus, ist eine neue Rubrik, die da eingeführt wird.

## GRÜNE

### **Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Daniela GRABE**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute ja schon bereits einiges gehört an Kommentaren zu unserem Budgetvoranschlag und das bewahrheitet sich, was gestern auch schon in der Kleinen Zeitung im G7 prognostiziert war, nämlich, dass die einen sich rühmen für ihren Weitblick und Sparwillen und die anderen über sie herfallen, weil Kaputtsparen ohne Augenmaß oder Drüberfahren ist genau das, was die Debatte heute zeigt. Ich werde mich wenig überraschend in jene einreihen, die diesen Budgetvoranschlag bemerkenswert finden, nämlich bemerkenswert im positiven Sinne genau wegen dieser Punkte, die auch heute schon teilweise genannt worden sind. Erstens die konsolidierte Betrachtung. Willi Kolar, ganz verstehe ich dich nicht, wenn du sagst, du verlangst, dass die Schulden oder die finanzielle Situation der Beteiligungen auch herangezogen wird, genau das tun wir ja mit diesem konsolidierten Budget, also eigentlich tun wir genau das, was du gerade vorher eingefordert hast. Auch die Trendwende verstehe ich nicht, wie man sich wegredet, schlechtredet, wir haben nun einmal das erste Mal seit langem wieder ein Plus in der laufenden Gebahrung und das ist einfach so (*Applaus Grüne*) und ich denke, das ist etwas, was man nicht unterschätzen darf. Ich habe zufällig gestern die Unterlagen von unserer Oktober-2008-Sitzung gefunden, wo wir die damalige mittelfristige Finanzplanung gemacht haben, damals ohne irgendwelche Maßnahmen wäre die prognostizierten Zahlen für die laufende Gebahrung heuer gewesen, also für 2011 minus 91 Millionen.

Der damalige Kulturstadtrat Riedler hat damals, ich habe es mitnotiert, gesagt, er blickt mit großer Sorge darauf. Es sei für ihn eine Bestätigung, dass die kritische Betrachtung der Mittelfristplanung aus seiner Sicht gerechtfertigt ist, die er eben gemacht hat und er sehe die Situation bei weitem dramatischer als wir das in unserem damaligen Entwurf gehabt haben und sagt auch, dass die Maßnahmen, die

wir damals vorgeschlagen haben, um eine Verbesserung zu erreichen, aus seiner Sicht ziemlich wenig zur Trendwende beitragen. Die Maßnahmen, die wir damals in dem Stück genannt haben, die seiner Meinung nach nicht dazu beitragen, sind einerseits konsequentes Aufgabenmanagement über die Eckwerte, zusätzliche Einnahmen über Abgaben, Verhandlungen mit Bund und Land, dann auch die Übertragungen von Dienstleistungen, Ergebnisverbesserungen bei den Beteiligungen, das ist etwas, was wir durch die Steuerungsrichtlinie jetzt überhaupt erstmals in dem Ausmaß strategisch vorgeben können, Personalkostensenkung, strukturelle Defizite beseitigen und Investitionen managen. Alle diese Punkte, die wir jetzt in den letzten Jahren eingeführt haben, für all jene, wie auch für dich, der du von Schnellschuss gesprochen hast. Das ist im Jahr 2008 schon vorbereitet worden. Die Zahlen, die dann nach diesen Maßnahmen prognostiziert worden sind, für 2011 waren damals, vielleicht waren wir dazu bescheiden, immer noch minus 23 Millionen bei der laufenden Gebärung als Minus, schauen Sie sich bitte die Zahlen von heute an und sprechen Sie noch einmal über ungeplantes Sparen, über Schnellschuss, über unausgegoren oder was auch immer, das würde ich gerne anhand der tatsächlichen Zahlen einmal verglichen haben.

Wie 2008 schon und in den Folgejahren haben auch wir heuer wieder ein Sparbudget. Werden auch heuer wieder bezichtigt, dass wir Rasenmähersparpolitik machen, dass wir kaputt sparen usw., usw. Ich frage mich dann nur, das sind dieselben Personen, die auch 2008 schon dasselbe eingefordert haben, einerseits vorgebracht haben, dass wir kaputt sparen, andererseits eingefordert haben, dass wir in vielen Bereichen mehr Ausgaben machen. In vielen berechtigten Bereichen, sei es Sozialbereich, sei es Jugendförderung usw. Wie 2008 und Folgejahre auch stelle ich dieselbe Frage, und wie bitte, rein mathematisch, soll sich das ausgehen, wenn wir einerseits nicht sparen sollen, wenn wir andererseits aber wichtige Ausgaben tätigen sollen, möge mir bitte jemand erklären anhand der realen Zahlen, die uns hier vorliegen. Ja, wir haben ein Sparbudget, das ist auch genau das Ziel, was wir seit Beginn dieser Koalition verfolgen, um genau das zu tun, künftigen Gemeinderatsgremien ein geordnetes Budget zu übergeben, ein konsolidiertes Budget, wo die Spanne zwischen Einnahmen

und Ausgaben nicht wie in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer weiter auseinandergeht, sondern im Gegenteil. Ich verstehe dich auch nicht, Georg Schröck, wenn du sagst, einerseits hast du uns als Grüne entschuldigt, dass wir in den letzten Jahren dazu beigetragen hätten an der Misere, andererseits würden wir aber jetzt bei der Misere sehr wohl mitmachen. Dann frage ich dich, was ist das für eine Misere, eine Misere, dass wir heuer das erste Mal schwarze Zahlen schreiben? Die Misere, dass der Stadtschuldenrat ausdrücklich lobt und es als beispielgebend sieht, dass wir konsolidiert die Betrachtungsweise angehen oder die Misere, dass wir eine strikte AOG-Einhaltung haben in den letzten Jahren? Wo ist da die Misere, an der wir angeblich aus deiner Sicht teilhaben? Gut, wir machen ein Sparbudget, das ist richtig, aber wir machen es, wie es auch schon vorher erwähnt wurde, nicht wie im Land mit dem Rasenmäher, 25-%-Einsparungen mit Dingen, die auch der Landeshauptmann Voves angekündigt hat, dass Einsparungen auch im Sozialbereich kommen werden, sei es Gratiskindergartenaufhebung, sei es Regressfragen usw., wo man nebenbei sich aber Presseförderungen in Millionenhöhe doch noch zugestehen kann oder zum Beispiel Thermenförderungen in Fässer ohne Boden mit Namen Fohnsdorf hineinstecken kann, die, wie man gestern den Zeitungen zu entnehmen hat, in den letzten Jahren allein sieben Millionen verbraucht haben, ohne dass der laufende Betrieb überhaupt garantiert wird. Dass man da dann sparen muss und dass dann plötzlich sich bestimmte Ausgaben, die man vorher noch als Errungenschaft bezeichnet hat, nicht mehr ausgehen, das hat genauso eine Budgetpolitik zu verantworten, die wir in Graz eben nicht machen.

Das viel zitierte Haus Graz, das viel geschmähte, das heißt immer Kahlschlag, Privatisierung, Gemeinderatsentmachtung, was ist bitte eine Gemeinderatsentmachtung, wenn wir jetzt durch Umwandlung von der Aktiengesellschaft in eine GesmbH sehr wohl wieder Investitionsbudgets mitbestimmen können, strategische Vorgaben machen können, keine weisungsungebundene Vorstände mehr haben, sondern sehr wohl unsere inhaltlichen finanziellen, ökologischen, welcher Art auch immer Vorgaben in die Beteiligungen wieder hineinbringen können, was ist daran

Gemeinderatsentmachtung? Ich verstehe auch nicht, Willi, wenn du sagst Zwei-Drittel-Mehrheit sei praktisch eine Lappalie. Natürlich ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit dann kippar, wenn zum Beispiel ihr umkippt. Dann kann man sehr wohl sagen, das ist vielleicht umkippar, aber wer bitte wird gegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit welche Privatisierungsmaßnahme...

***Zwischenruf GR. Kolar: Für Beteiligungen brauchen wir keine Zwei-Drittel-Mehrheit.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe:** Du weißt ganz genau, dass man bisher auch immer ohne jegliche Zwei-Drittel-Absicherung das hätte machen können, je nachdem wie die anderen Mehrheiten sind, also würde ich das bitte in Relation dazu sehen. Noch etwas zu diesem Haus Graz: Es kommt in diesem Gemeinderat auch immer wieder der eine Mythos, alles was die Stadt mache, sei per se teurer, ineffizient usw. Ist ein Unsinn, trotzdem muss man es sich genau anschauen, ob die Dinge, wie sie jetzt gemacht werden, effizient sind. Es gibt den zweiten Mythos, der genauso Unsinn ist, alles was in die Beteiligung gehe, werde unrettbar verschleudert. Vorhin haben wir auch schon sogar gehört, wir würden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschleudern, dann sage ich nur, Martina Schröck, der Willi Kolar hat es eh gesagt, es gibt unser Personalabkommen, in dem genau geregelt ist, dass eben für sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an die Holding oder an die anderen Tochtergesellschaften gehen, sich dienstrechtlich usw. rein gar nichts ändert. Dass durch die Reform einfach eine Zuweisung erfolgt, möglicherweise der Arbeitsplatz an einem anderen Ort ist, aber keine Mitarbeiterin oder Mitarbeiter irgendwie verscherbelt oder sonst wie werden (*Applaus Grüne*). Was wir gemacht haben, ist, nicht diesen jeweiligen Mythen zu verfallen, sondern ganz simpel, ganz seriös jeden

Bereich genau anzuschauen, in welchem Bereich ist es sinnvoller, das in der Stadt zu belassen oder wichtig oder rechtlich notwendig, in welchem Bereich ist es sinnvoller, das zusammenzulegen mit Tätigkeiten, die bisher in einer der Tochtergesellschaften gemacht werden, das Ganze ist abgesichert durch die Steuerungsrichtlinie, die so viele Möglichkeiten uns als Gemeinderatsgremium gibt, die es vorher niemals gegeben hat an inhaltlicher Steuerung, an Kontrollinstrumenten, an Vorgaben, in denen man überprüfen kann, wie inhaltlich strategische Dinge umgesetzt worden sind usw., also auch da sehe ich kein bisschen Ausverkauf, Verschleudern oder sonst etwas. Natürlich, irgendjemand hat auch gesagt, ein anderer Mythos ist vielleicht, das bringt eh nichts, wir würden unnötige Reformen machen. Es ist sehr genau erhoben worden, welche Potentiale in dieser Reform liegen, aber es stimmt natürlich, wir müssen es beweisen. Beweisen tun es nachher die nüchternen Zahlen und erreichen werden, wir müssen zahlenmäßig Rede und Antwort stellen, erreichen werden wir das, wir werden es erreichen durch unsere eigenen Vorgaben, durch den Stadtrechnungshof, der das Projekt durch laufende, alle 14 Tagen stattfindende Sitzungen begleitet, wir werden es durch die Steuerrichtlinie erreichen, wir werden es dadurch erreichen, dass die Prämienauszahlungen der Geschäftsführer an konkrete Kriterien gekoppelt sind, wir werden es dadurch erreichen, dass der Beteiligungsausschuss und der Gemeinderat jetzt mehr Verantwortung haben usw. Und zum Schluss jetzt noch, was das alles bringt. Neben einer konsolidierten Betrachtungsweise des Budgets und neben Einsparmöglichkeiten ohne notwendige Leistungen zu reduzieren, ganz nebenbei kann man noch etliche gesellschaftspolitische Meilensteine genauso unterbringen, wie zum Beispiel die Einführung von Männerhöchstquoten in unseren Aufsichtsräten, vulgo Frauenquote, gemeint die Einführung von Kriterien, die darauf hinzielen, dass in unseren Abteilungen und Töchtern Mehrsprachigkeit, unterschiedlicher kultureller Hintergrund als Wertschöpfung gesehen wird, die Kontrolle, dass die Einstellung von MitarbeiterInnen mit Beeinträchtigungen überdurchschnittlich hoch erfolgt, so wie wir es als städtischer Arbeitgeber auch tun sollten, die Überprüfung, ob sich an der Situation von Frauen in Führungspositionen etwas verändert usw. Also das ist der

Nebeneffekt, den wir zusätzlich zu diesen ganzen Einsparmöglichkeiten, die wir jetzt anstreben, haben, die nicht nur finanziell zukunftsorientiert sind, sondern auch gesellschaftspolitisch, wie ich erwähnt habe.

In meinem Dank am Schluss möchte ich alle einschließen, die vorher auch schon erwähnt worden sind von Magistrat und Beteiligungen, aber speziell auch die VertreterInnen des Frauenrates und speziell Maggie Jansensberger, die genauso, das wissen vielleicht die wenigsten hier, das Projekt laufend begleiten, die genauso in Arbeitsgruppen beteiligt sind, um zu schauen, dass auch aus Geschlechtergerechtigkeitperspektive das Projekt gut gemonitort wird und dass es fair verläuft und sogar zur Verbesserungen zum derzeitigen Status quo kommt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ich hoffe auf breite Zustimmung zum Budget (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**. Danke vielmals, ich habe, nachdem noch nicht alle da waren nach der Pause, nicht darauf verwiesen, aber wir haben, wie alle Jahre vom ÖVP-Gemeinderatsclub nach der Mittagspause Äpfel zur Verfügung gestellt bekommen, es geht die Idee auf den verstorbenen Gemeinderat außer Dienst Peter Fauster zurück, und ich möchte mich beim steirischen Bauernbund für den Exportschlager der Steiermark, 80 % der Äpfel Österreichs kommen aus der Steiermark, sogar zum Großteil aus der Nähe rund um Graz, ganz, ganz herzlich bedanken, als kleine Jause (*allgemeiner Applaus*).

***Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 14.58 Uhr den Vorsitz.***

## K P Ö

### **Gemeinderat Manfred EBER**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreter der Beamtenschaft und sehr geehrte Damen und Herren!

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen noch einige Punkte, die sich auf das "Haus Graz" beziehen und es ist ja auch schon in der Debatte mehrfach darauf verwiesen worden. Dabei sollen Beschlüsse gefasst werden, die der Umsetzung der "Neuordnung" des Hauses Graz dienen. Es sind relativ „einfache“ Beschlüsse, etwa jener, dass städtisches Personal der Holding Graz überlassen wird. Aber es sind Beschlüsse mit weit reichenden Konsequenzen: für die zukünftigen Beschäftigten vor allem auch in diesem Bereich, für die Stadt Graz selbst und auch für die Grazer Bevölkerung. Diese Beschlüsse können auch nicht losgelöst vom Budget gesehen werden und deshalb erlaube ich mir, diese zum Anlass für meinen Debattenbeitrag zu nehmen.

Über 1.100 Beschäftigte werden in Zukunft also bei der Holding Graz und nicht mehr beim Magistrat der Stadt ihren Dienst versehen. Vielleicht - im positiven Fall - ist es tatsächlich so, dass sich für sie nicht viel ändert. Aber wie wird es dann in Zukunft sein? Werden neu eintretende Beschäftigte zu den gleichen Bedingungen eingestellt werden? Oder ist es dann nicht doch so, dass sie zu schlechteren Bedingungen, bei schlechterer Bezahlung, schlechteren Kollektivverträgen ihren Dienst versehen müssen? Auch das ist dann eine Form des Sozialabbaus, gegen den wir uns eindeutig aussprechen. Und diese Befürchtungen sind nicht ganz aus der Luft gegriffen. In einer Ausschreibung der Holding Graz werden Bestbieter für die "Beistellung von Leiharbeitern auf Gleisbaustellen der GVB für 2011" gesucht. Unter Schwarz-Grün

halten also prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit Einzug in die städtischen Betriebe (*Applaus KPÖ*).

Auf der anderen Seite wird natürlich auch Geld ausgegeben, es wird Geld ausgegeben etwa für die Umbenennung der GVB in Grazer Linien, und da stelle ich mir die Frage, was sind die Kosten und was ist der Nutzen? Vereinfacht gesagt, kann ich mir die Antwort schon geben, der Nutzen ist gleich Null, die Kosten sind hoch. Auf der anderen Seite wird auch der Vorstand der Holding von zwei auf drei Mitglieder aufgestockt, für externe Beratungskosten werden hunderttausende Euro ausgegeben, gleichzeitig ist der Bürgermeister nicht bereit, die Gesamtkosten für externe Beratungen bekannt zu geben, wie dies in einer Anfrage des BZÖ in der vergangenen Gemeinderatssitzung gefordert wurde.

Für mich stellt sich nun weiter die Frage: Geht es überhaupt um Einsparungen? Und wenn ja, warum geht dann die Stadt und das Management der Holding Graz nicht mit gutem Beispiel voran? Möglichkeiten gäbe es hier genug. Die Verkleinerung des Stadtsenats von neun auf sieben Mitglieder ist ein Schritt in die richtige Richtung und eine langjährige Forderung der KPÖ. Aber das reicht natürlich nicht aus. Wir müssen auch über die Politikergehälter reden, wir müssen über die Parteienfinanzierung reden und wir müssen auch über die Gehälter in den Vorstandsetagen städtischer und stadtnaher Betriebe reden.

Welche Folgen hat die "Neuordnung" des "Hauses Graz" nun aber für jene, in deren Interesse wir hier sitzen, deren Interesse wir wahrnehmen und vertreten sollen, für die Grazerinnen und Grazer?

Die Ausgliederungen in Zusammenhang mit dem Haus Graz müssen als das bezeichnet werden, was sie sind: als Privatisierungen. Auch wenn die Stadt - noch - Eigentümerin ist, so wird eine GmbH anders geführt und muss auch anders geführt werden als etwa ein Eigenbetrieb der Stadt, so wie es die Wirtschaftsbetriebe gerade noch sind. Es geht uns um die Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge, es geht uns um den Zugang der Grazerinnen und Grazer zu wichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen.

An dieser Stelle wende ich mich daher auch entschieden gegen Tarif- und Gebührenerhöhungen, die quer durch alle Bereiche geplant sind. Für Familien, für Alleinerziehende, für BezieherInnen von Ausgleichszulagen ist es eben nicht egal, wenn jedes Jahr die Kosten für Strom und Heizung, für Müll und Kanal erhöht werden. Auch wenn es sich nur um scheinbar kleine Steigerungsbeträge handelt, für immer größer werdende Menschengruppen in unserer Stadt wird das tägliche Leben dadurch nicht mehr finanzierbar (*Applaus KPÖ*).

Mit dem eingeschlagenen Weg wird der soziale Zusammenhalt in unserer Stadt einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Im Vordergrund soll in Zukunft aber die Gewinnorientierung der Betriebe stehen. Da bleibt dann auch weniger Platz für die demokratische Mitbestimmung durch den Gemeinderat.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Erlaubt mir, zum Schluss noch eine Bemerkung zum Stadtentwicklungskonzept zu machen, das ja derzeit in Ausarbeitung ist. Dieses sogenannte STEK 4.0 war auch schon vor einem Jahr hier in der Budgetdebatte ein Thema. Seither liegt der Vorentwurf vor und ich danke an dieser Stelle allen Beteiligten, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, für die Zusammenarbeit und natürlich auch den mit dem Stadtentwicklungskonzept befassten Beamten. Stellvertretend dafür möchte ich hier nur Herrn Dipl.-Ing. Josef Rogl nennen: Vielen Dank für die unermüdliche Arbeit und auch für die Geduld, die Sie mit uns Laien in den Ausschüssen und bei anderen Gelegenheiten haben (*Applaus KPÖ*).

Wir werden sicherlich in den nächsten Tagen eine umfassendere Stellungnahme zum STEK 4.0 abgeben. Hier an dieser Stelle möchte ich nur auf einen einzigen, aber wie mir scheint, wichtigen Aspekt eingehen, die Rolle des Bebauungsplans. Wir sind der Meinung, dass Bebauungspläne nicht nur anlassbezogen erstellt werden sollen, also nicht erst dann und nur dann, wenn ein konkreter Investor da ist, der ein Projekt

umsetzen möchte. Es geht uns vielmehr darum, dass insbesondere in sensiblen Zonen bereits im Vorhinein Bebauungspläne sozusagen "von Amts wegen" erstellt werden. Sensible Gebiete sind beispielsweise solche, wo Wohngebiete und Industrie- oder Gewerbegebiete aneinander treffen oder Zonen mit besonders schützens- und erhaltenswerter Architektur. Dort geht es darum, bereits im Vorfeld klarzustellen, was kann den Menschen zugemutet werden und was nicht. Eine solche Vorgehensweise richtet sich auch nicht gegen die Investoren, denn diese haben dann zumindest eine Grundlage für ihre Planungsarbeit und wissen bereits vorher, woran sie sind und was möglich ist und was eben nicht möglich ist.

liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird niemanden verwundern, und auch meine Kollegin Gerti Schloffer hat es ja schon angekündigt, wir werden dem vorliegenden Budget nicht die Zustimmung erteilen, aber ich möchte auch an dieser Stelle allen, die mit der Erstellung des Budgets befasst waren und insbesondere natürlich der Finanzdirektion, dafür danken, dass sie diese Mühe und diese viele Arbeit und Zeit auf sich genommen haben, um dieses Budget zu erstellen und es auch in der vorliegenden Form an die Klubs übermittelt haben. Vielen Dank an dieser Stelle. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

## FPÖ

### **Gemeinderat Ing. Roland LOHR**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer!

!

Wiederum liegt uns ein schwarz-grünes Belastungsbudget für das Jahr 2011 vor. Die 1-Milliarden-Schuldenschwelle schon längst überschritten, wendet Schwarz-Grün die altbewährten Mechanismen der Budgetpolitik an. Bei den Ausgaben und Serviceleistungen für die Grazer wird gespart, die Einnahmen in Form von Gebühren sollen erhöht werden. Während also die städtischen Aufgaben, wie die Straßensanierung, zurückgeschraubt werden, drohen auf der anderen Seite eine Erhöhung der Parkgebühren in den Grünen und Blauen Zonen, ebenso die Erhöhung der Fernwärmetarife und der Müllabfuhrgebühren.

Nach dem Scheitern der Umweltzone versucht Vizebürgermeisterin Lisa Rücker auf Kosten der ohnehin bereits massiv belasteten Anrainer und Pendler zusätzliche Gelder in die leeren Stadtkassen zu wirtschaften. So soll es zum zweiten Mal innerhalb eines Zeitraumes von nicht einmal drei Jahren zu einer Gebührenerhöhung in den Parkzonen kommen. Zahlreiche Grüne Zonen stehen ab 17.00 Uhr ohnehin leer. Sinnvoller wäre es, in dieser Zeit das Parken gebührenfrei zu stellen. Die Freiheitlichen haben von Anfang an vor der weiteren Ausweitung der Grünen Zonen gewarnt und wir treten auch jetzt für deren Rücknahme ein.

Aber bleiben wir bei den Parkplätzen. Im Auflösen von Parkplätzen, zum Beispiel im Herz-Jesu-Viertel, ist unsere Frau Vizebürgermeister eine Spitzenpolitikerin. In ihrem Auftrag wurden Sperrflächen an den Kreuzungen markiert, was sie mit einer besseren Sicht für die Verkehrsteilnehmer begründet. Im Zuge der Gleissanierungen hat sie die Sperrflächen dann auf Gehsteigniveau anheben lassen, um Halten und Parken für

ewige Zeit zu verhindern. Diese autofahrerfeindliche Politik lässt sie sich gern eine Menge Geld kosten, Steuergeld wohlgerne.

Viel Geld in eine sinnlose Umbaumaßnahme wird für einen Radweg entlang der Südseite des Joanneumrings gesteckt. Die beliebte Flaniermeile mit Verkaufsvitrinen und Parkplätzen muss einem Radweg weichen. Durch das Versetzen der Vitrinen und den Umbau der Parkplätze entstehen hohe Kosten. Das Bummeln und Einkaufen in diesem Straßenzug wird unattraktiv gemacht. Das schwierigere Einparken nach dem Umbau, wird für mehr Staus am Joanneumring sorgen.

Ein weiterer Punkt der grünen Geldverschwendung ist der sogenannte „Shared Space“ am Sonnenfelsplatz. Für 750.000 Euro werden alle Verkehrsschilder abgebaut und bunte Farbskalen auf der Fahrbahn angebracht. Die Vorrangsituation der heiklen Kreuzung wird unklar, eine Erhöhung der Unfallgefahr steht im Raum. Was könnte man mit dem Geld bewirken? Im Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Straßensanierung wäre die Summe sicher besser angelegt (*Applaus FPÖ*). Möglicherweise sieht Frau Vizebürgermeister Rucker darin eine Wirtschaftsförderung. Immerhin profitieren Kfz-Werkstätten, wenn sich die Zahl der Unfälle im „Shared Space“-Bereich in Zukunft erhöht.

Eine andere Art der Wirtschaftsförderung als die der Stadt Graz hätten sich die Geschäftsleute in St. Peter gewünscht. Über Größe und Dauer der Sanierungsarbeiten in der St.-Peter-Hauptstraße gab es für Gewerbetreibende und Anrainer lange Zeit nur unzureichende Informationen. Eine Baustellenförderung konnte nicht ausbezahlt werden, weil der Geldtopf bereits leer war. ÖVP-Stadträtin Grabner kündigte eine Lösung an, ist dann aber untergetaucht. Scheinbar ist sie auch heute untergetaucht, die ja nebst Bürgermeister schon lange die Stadtsenatsbank verlassen hat. Betriebe standen vor Mitarbeiterkündigungen, Kunden und Lieferanten konnten kaum mehr zufahren. Auf die versprochene Baustellenförderung warten die Betroffenen bis heute vergeblich.

Vergeblich verhalten Anrainerproteste, wenn es um geplante Monsterbauprojekte in Geidorf geht. Ein vier- bis siebengeschossiger Wohnbau soll etwa in der Muchargasse

hochgezogen werden. Massive Bürgerproteste wegen Überschreitung der Baudichte schiebt Bürgermeister Siegfried Nagl einfach zur Seite. Das städtebaulich-raumplanerische Gutachten, das von Anrainern in der zweiten Instanz in der Berufungskommission eingebracht wurde, spricht ein eindeutig negatives Urteil in städtebaulicher Hinsicht aus. Selbiges gilt für ein Bauvorhaben im denkmalgeschützten Viertel der Rosenberggasse. „Otto Normalverbraucher“ muss sich von der Altstadtkommission sogar den Einbau von neuen Fenstern vorschreiben lassen, während andere, vielleicht der ÖVP nahestehende Bauwerber, im Altstadtviertel Monsterbauten realisieren dürfen (*Applaus FPÖ*). Ein positiver Lichtblick ist, damit die Freunde von der schwarzen Seite nicht ganz untergehen, ist, dass die zuständige Magistratsabteilung für die Berufungskommission, die ja in zweiter Instanz bei Bauangelegenheiten entscheidet, nun von der Bau- und Anlagenbehörde zum Präsidialamt wechseln soll, hier sehen wir zumindest einen kleinen Schritt in die richtige Richtung.

Sehr wohl Geld von der schwarzen und der grünen Stadtregierung gibt es für das „Welcome House“. Mit dieser Einrichtung soll Graz den Ruf einer Zu- und Einwanderungsstadt erhalten. Besser für Graz wäre und eine Forderung von den Freiheitlichen wäre ein klarer Forderungs- und Aufgabenkatalog, der Ausländer zu einer raschen Integration anhält (*Applaus FPÖ*). Ist daher schon der Sinn des „Welcome-Houses“ umstritten, so ist die Ansiedlung in der Wielandschule völlig ungeeignet. Das Ergebnis der zweijährigen Standortsuche lässt zu wünschen übrig.

***Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.***

GR. Ing. **Lohr**: Ja, das ist ja nicht negativ, aber der Standort alleine schon belastet hier wieder Anrainer, weil es keine Parkplätze gibt und so fürchten die Anrainer auch den

zunehmenden Autoverkehr. Eine zentrale Stelle für alle die Amtsangelegenheiten würden sich auch die Grazer wünschen. Die die also schon über Jahrzehnte hier wohnen, aber die werden, trotz dem Koalitionsbekenntnis zur „Stadt der kurzen Wege“ oftmals in der ganzen Stadt herumgeschickt.

Das hat die Schließung der Bezirksämter durch Schwarz-Grün deutlich bewiesen. Als Sparmaßnahme angekündigt, werden neun Bezirksämter geschlossen. Die Schließung von Bezirksämtern widerspricht dem Dienstgedanken am Bürger. Als Begründung wurde angeführt, die neuen Servicecenter könnten diese Leistungen erbringen. Besser und dem Ziel einer „Stadt der kurzen Wege“ wirklich entsprechend, wäre die Aufwertung der gut eingeführten Bezirksämter. Hier zeigt sich die Bürgerferne von Bürgermeister Nagl und seiner Stellvertreterin Rücker. Einstimmige Bezirksratsbeschlüsse, die sich gegen die geplante Zusammenlegung aussprachen, ignorierte die Koalition.

Ignoriert, und jetzt komme ich auch schon zum letzten Punkt, werden die Wünsche der Gastwirte und deren Besucher nach Schanigärten im Spätherbst. Das Schanigartenverbot ist eine innenstadtfeindliche Maßnahme, die sich gegen Gewerbetreibende richtet (*Applaus FPÖ*). Zusätzliche Kosten für Demontage und Einlagerung der Gastgartenaufbauten entstehen für die Lokalbetreiber. Umsatzeinbußen müssen sie hingegen hinnehmen. Die Stadt verliert, und die erhoffte Erhöhung der Luftqualität wird die Maßnahme kaum erbringen.

Es bleibt die Erkenntnis, dass der vorliegende Budgetentwurf nicht mehr ist als ein Produktkatalog schwarz-grüner Präferenzen, während wirklich zukunftsweisende Unternehmungen, die auch den Bürgern nützen, auf der Strecke bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, für das Budget 2011 gibt es von den Freiheitlichen keine Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

## Parteilos

### **Gemeinderat Mag. Gerhard MARIACHER**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zwei Dinge zum Budget sind mir ganz wichtig. Das Erste, das Vermögen der Stadt Graz ist durch unsere Beschlüsse zu mehren, erwirtschaftete Überschüsse sind natürlich entsprechend zu investieren. Das Zweite ist, die laufenden Gesamtausgaben sollen sich mit den Einnahmen die Waage halten. Alles andere ist eine Piraterie, eine Kaperfahrt in die Geldbörse der Grazerinnen und Grazer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte diese Spezialdebatte aber nützen, um auf ein Thema einzugehen, das bisher noch unbehandelt geblieben ist, zumindest weitestgehend, das Projekt Reininghaus, das ja budgetär wie ein scharfes und unerbittliches Damoklesschwert über das Budget 2011 der Stadt Graz liegt. Ich wage heute schon zu behaupten, meine Damen und Herren am Stadtsenatstisch und auch jene Damen und Herren der Abteilungsleiter, die hier sind, nur wenn dieses Megaprojekt gut geht, was noch völlig in den Sternen steht, werden einige von Ihnen das Glück haben, die Staatsanwaltschaft nicht im Genick zu verspüren. Nehmen Sie nur die Schicksale von vorgeblichen politischen Highpotentials a la Gapman und Herbst im Wiener Skylink Prozess zum Anlass, um zu prüfen, ob Sie den Herausforderungen eines solchen Großprojektes gewachsen sind und welche Vorkehrungen und Qualitäten für dieses nötig sind, um neben einem kommunalen Finanzdesaster auch den jeweiligen Kopf entweder zu retten oder zumindest, gelinde gesagt, in Form von Bewährungsstrafen zu strapazieren. Und wie Sie die damit einhergehenden persönlichen Kosten für Strafverteidigung, Privatgutachten etc. bedecken werden. Und glauben Sie mir, so wahr ich hier stehe, in zehn Jahren werden Ihre jeweiligen Nachfolger nichts für Sie tun, sondern genüsslich hoffen, dass deren Verfehlungen in der Aufbereitung Ihrer

Verfehlung untergehen. Und wer von den Anwesenden glaubt, sich mit dem Projekt Reininghaus einen ewigen Platz an der Sonne zu verschaffen, wird irren, denn es ist alles angerichtet, um daraus für Sie und für die Grazerinnen und Grazer a La Skylink einen Link to the Hell zu ermöglichen. Ich hoffe aus tiefstem Herzen und aus der Intention heraus ein Desaster und daraus resultierend Haftung und Schaden für unsere Stadt Graz abzuwehren, dass diese Kausalität nicht zwingend ist, die ich angeführt habe. Auch drücke ich meine Hoffnung aus, dass die Moral, sie vermisst ja bekanntlich nicht derjenige, der sie verloren hat, sondern immer nur derjenige, der unter dem Moralverlust sodann zu leiden hat, wieder Einkehr beziehungsweise da, wo noch vorhanden, auch weiter erhalten bleibt.

Ein paar Anmerkungen, um zu verhindern, dass aus diesem Projekt Reininghaus ein Desaster wird, ein Desaster zuerst und vor allem für die Grazerinnen und Grazer.

Erstens: Meine Damen und Herren, meine Erwartung, dass der Grazer Gemeinderat jedes Quartal einen umfassenden Bericht über den Projektstand erhält, ist für mich unverzichtbar. Sehr interessant oder richtiger bedenklich, dass man mir bereits jetzt schon nahelegen wollte, halbjährlich oder gar jährlich sollte auch schon genügen, von wegen des Aufwandes. Nein, um gegen Umtriebe und Fehlentwicklungen eingreifen zu können, sind bereits drei Monate eine lange Zeit. Bei Firmenprojekten sind bei solchen Projektdimensionen Abstände von zwei Monaten üblich.

Zweitens: Der Kaufpreis sollte nach mittlerweile von mir eingeholten Auskünften 50 Millionen Euro nicht übersteigen. Dass sich die Firma Asset One verspekuliert hat, kann und darf nicht unser Problem sein. Selbst 50 Millionen wären keineswegs eine Okkasion, wenn man bedenkt, dass man nie alle Flächen verwerten wird können und das erhebliche Flächen als Gemeinflächen benötigt werden. Das was Asset One zuvor angeblich alles bezahlt haben will, ist für mich weder bewiesen und selbst wenn, nicht relevant. Für Spekulationen kann und soll die Stadt Graz richtigerweise nicht die Geldbörse der Grazerinnen und Grazer öffnen, nur um einigen Personen deren Hals zu retten und ein paar Banken eine Last abzunehmen.

Drittens: Sollten persönliche Beziehungen beziehungsweise Provisionsflüsse, und bei diesem Projekt wären nach Auswertung verschiedenster Kriminalinformationen aliquot zumindest drei Millionen Euro nicht ausschließbar anzunehmen, erfolgen, dann, glauben Sie mir, in Zeiten von WikiLeaks bleibt nichts geheim und spätestens Ihre Nachfolger werden genüsslich darin herumrühren und die Staatsanwaltschaft wird verlässlich zum Tanz aufspielen.

Viertens: Bedenklich ist für mich weiter, wenn Architekten sich bereits darum Gedanken machen, nämlich wie man eine weitläufige und großzügige Parkszone gestalten kann, gegebenenfalls mit einem Triumphbogen, in dem die Namen der vorgeblichen Gönner eingemeißelt werden. Solchen Tanz haben wir bereits beim Kunsthaus und bei anderen Untrieben gehabt. Verabschieden Sie sich schnellstens von solchen Gockel- und Parvenüinspirationen auf Kosten der Grazerinnen und Grazer.

Fünftens: Betreff der präliminierten Kosten für die Infrastruktur sind diese mit den derzeitigen Werten gedeckelt. Viele fragen sich auch, rechnet sich das alles und wenn ich bei diesem Projekt von Rechnen rede, stelle ich mir die Frage, nach der Rentabilität für die Stadt im Laufe von 20 bis maximal 30 Jahren. Warum soll die Stadt Graz bereinigt, um die zukünftige Kannibalisierung anderer Stadtbezirke, anderer Stadtteile aus diesem Projekt Reininghaus einen gesamtökologischen Vorteil ziehen oder nehmen Sie in Kauf, dass sich dort eine subventionierte Yuppie-Arena bildet, die von den Grazer Hacklern, sprich Arbeitern, rundum finanziert wird, oder haben Sie das gar nicht noch nie so betrachtet?

Sechstens: Aufgrund der Dimension und Laufzeit eines solchen Projektes sollte daher mit Bedacht und ohne Eile alles vorbereitet und dann entschieden werden. Da dürften zusätzlich ein paar Monate kein Problem darstellen. Und sollte auch darüber nachgedacht werden, jenes was sich die Banken ohne Frage mittlerweile überlegen müssten zu erkunden, denn die sind ja auch nicht dumm, dann sollte man dies tun.

In diesem Sinn und wegen der möglicherweise doch da und dort gegebenen Chance wegen werde ich mich diesem Projekt nicht grundsätzlich verschließen. Betreff des

Budgetentwurfes für 2011 ist für mich klar, dass das, was Sie hier vorlegen für mich nicht zustimmungsfähig ist. Ihrer Hoffnung, dass Ihnen ihre Mutfreiheit zugute kommt, wird sich nicht bewahrheiten. Ihre Angst, sich mit den eigenen Mitarbeitern im Haus Graz zu verscherzen, wird ebenso wenig zugute kommen, denn alles wird immer transparenter dargestellt und aufgerechnet werden. Ich kann nur aus zutiefst bürgerlicher Sichtweise als unabhängiger Gemeinderat die Hoffnung ausdrücken, gehen Sie bitte in sich und ändern sie diesen unglückseligen Kurs. Danke für die Aufmerksamkeit.